

Wirtschaft sieht Chancen durch Migration differenziert – „Sprachkenntnisse sind unverzichtbar, Hürden für Integration in den Arbeitsmarkt senken.“

Hannover – 21. September 2015. „Der industrielle Mittelstand und die Unternehmen aus dem Bereich der konsumnahen Dienstleistungen in Niedersachsen setzen sich aktiv mit der Frage auseinander, ob und wie Flüchtlinge im eigenen Betrieb beschäftigt werden können. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen fallen jedoch für die verschiedenen Branchen sehr unterschiedlich aus“, so Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer der im Haus der Industrie zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände zu den Ergebnissen einer Umfrage unter den 800 Mitgliedsfirmen. „Der überwiegende Teil der Firmen hat sich bereits mit der Frage auseinandergesetzt, Flüchtlinge zu beschäftigen oder plant, das zu tun. Fast alle Unternehmen können es sich grundsätzlich vorstellen, Flüchtlinge zu beschäftigen oder tun dies bereits. Das zeigt, dass unsere Unternehmen offen und bereit dafür sind, ihren Teil dazu beizutragen, die Herausforderungen der Flüchtlingskrise für Deutschland zu bewältigen.“

Die Mehrheit der Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie erwarten durch Migranten allerdings keine maßgebliche Entspannung bei der Lösung des Fachkräftemangels. Schmidt: „Über 60 Prozent der Unternehmen der Branche sind skeptisch, ob durch die Flüchtlinge ein wirkungsvoller Beitrag zur Lösung des Fachkräfteproblems erreicht werden kann.“ Ein anderes Bild ergibt sich in dieser Frage im Bereich der konsumnahen Dienstleistungen: fast 80 Prozent der Unternehmen erhoffen sich Impulse für die Lösung der bestehenden Arbeitskräfteengpässe, zitiert Schmidt aus der Umfrage. „Auf der einen Seite sind diese Zahlen Ausdruck einer gewissen Skepsis hinsichtlich des Qualifikationsniveaus der Flüchtlinge gerade in den Industrien, die auf hochqualifiziertes Personal angewiesen sind. Auf der anderen Seite sieht die Metall- und Elektroindustrie durchaus Chancen bei der Nachwuchsgewinnung im Bereich der dualen Ausbildung. Migration bietet die Möglichkeit, die aktuelle Lücke gegenüber den akademischen Ausbildungsgängen zu verkleinern.“

Sprache bleibt „Herausforderung Nummer 1“

Das Ergebnis der Umfrage habe außerdem noch einmal gezeigt, dass das Erlernen der deutschen Sprache die zentrale Herausforderung bei der Integration von Migranten in die Betriebe sei. Zwar spielten Faktoren wie die mangelnde Planbarkeit wegen des Risikos einer Abschiebung, bürokratische Hürden, Schwierigkeiten bei Behördengängen und die Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Abschlüssen durchaus eine Rolle. „Die Umfrage bestätigt aber noch einmal schwarz auf weiß, dass Sprache die Schlüsselrolle bei der Integration nicht nur in die Gesellschaft, sondern auch in den Arbeitsmarkt spielt“, so Schmidt. „Die Formel bleibt richtig: Sprache und Arbeit sind die unverzichtbare Grundlage für Bildung und gesellschaftliche Integration.“

Hürden für Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt senken

Schmidt begrüßte in diesem Zusammenhang Forderungen und Initiativen auf Landes- und Bundesebene zur Aufhebung der Vorrangprüfung und zur Abschaffung des Zeitarbeitsverbots für Flüchtlinge: „Beide Initiativen helfen, Flüchtlinge besser in Arbeit zu bringen. Denn Arbeit ist maßgeblich für die langfristige Integration derjenigen, die derzeit in Deutschland Schutz und eine

Zukunft suchen.“ So diskriminiere das 4jährige Verbot der Zeitarbeit für Migranten ein bewährtes Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt. „Fast zweidrittel der Menschen, die über Zeitarbeitsfirmen in Jobs vermittelt wurden, waren zuvor arbeitslos. Zeitarbeit in ein wichtiger Baustein, um Menschen den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.“

Bei allem Bemühen um die Integration von Flüchtlingen, dürfe man aber nicht vergessen, dass es allein in Niedersachsen noch immer 100.00 Langzeitarbeitslose gebe, die es gelte zu integrieren, mahnte Schmidt abschließend. „Zuwanderung von außen darf keinesfalls dazu führen, dass unsere Bemühungen an der Stelle nachlassen, den hier lebenden Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben.“

Die Bürogemeinschaft der Arbeitgeberverbände in Hannover erhebt regelmäßig unter ihren Mitgliedsunternehmen Daten zur konjunkturellen Entwicklungen und zu aktuellen Themenstellungen. Für die aktuelle Umfrage wurden zwischen Mitte August und Mitte September die rund 800 Mitgliedsunternehmen befragt. Bei den befragten Unternehmen handelt es sich um Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie und der Kautschukindustrie - darunter zahlreiche Automobilzulieferer - der Papier- und Verpackungsindustrie, der Kunststoffindustrie sowie der klassischen Dienstleistungsbranche. Charts des heute vorgelegten Teils der Umfrage „Flüchtlinge und Arbeitsmarkt“ finden Sie im Anhang.

Christian Budde
Pressesprecher

Tel.: 0511 8505 292
Mobil: 0151 511 89 539
Fax: 0511 8505 201
budde@niedersachsenmetall.de
www.niedersachsenmetall.de